

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verordnungs-Nr. 31302
Zell.-Nr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Bank-Konto: Stadtkass Dresden, Girokonto Blasewitz Nr. 600
Postkassen-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpfortitz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Ersteinst möglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Harar-Warte, Radio-Zeitung. Anzeigen werden die 4-spaltige Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen mit Platzvorchriften und schwierigen Sachverhalten werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserentenbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeiger fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Preis in Anwendung gebracht. Rabatanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, c. Konkurs d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tollwitz Str. 4
87. Jahrgang

101

Sonnabend, den 2. Mai

1925

Schwere Eisenbahnkatastrophe im polnischen Korridor

Bis jetzt 28 Leichen geborgen

Ein D-Zug einen Abhang hinabgestürzt

Schneidemühl, 1. Mai. Der D-Zug 1, Endstation Berlin, ist heute morgen, 1 Uhr, im polnischen Korridor, zwischen den Stationen Zarnobitz und Pusch, Stargard, auf einer Strecke entgleist, wobei die Lokomotive und mehrere Wagen den ziemlich steilen Abhang hinunterstürzten. Die von Reisenden an Bord befindlichen Personen wurden durch die Stöße schwer verletzt. Bis jetzt sind 28 Leichen geborgen worden. Die Zahl der Verwundeten wird vorläufig auf 40 geschätzt. An der Unfallstelle machte der Bahnkörper eine große Kurve. Der Zug wird durch den Korridor von polnischen Beamten geleitet. Mit diesen sind vorläufig alle Verbindungen unterbrochen, da die Reisenden durchsucht sind. An kleinerer amtlicher Stelle liegt noch keine amtliche Meldung vor.

Ein Attentat

Aus Schneidemühl meldet der Draht unter dem 1. Mai:

Mit dem am Freitag um 3 Uhr nachmittags in Schneidemühl einlaufenden Korridorzug kamen in zwei Schlafwagen des verunglückten Zuges auch die getöteten Schlafwagenführer Dames, Dreßler und Gruber (Berlin) an. Nach ihrer Aussage ist das Unglück auf ein Attentat zurückzuführen.

Die Leichenteile wurden Sonntag, wurden an den Schienen einige Fässer gelöst, die man später in der Nähe anband.

Der erste polnische Hilfszug trat etwa zwei Stunden nach der Katastrophe an der Unfallstelle ein. Vorläufige Hilfe wurde den zahlreich Schwerver- und Leichtverletzten von zwei in dem verunglückten Zuge fahrenden Ärzten und zwei Krankenschwestern geleistet.

Die Zahl der Toten hat sich von 25 auf 28 erhöht.

25 konnten bisher identifiziert werden, die übrigen sind derzeit vermisst, das eine Ermordung zur Stunde noch nicht möglich war. Unter den Toten befindet sich u. a. eine Mutter von fünf Kindern. Die Schwerverletzten wurden zum größten Teil dem Krankenhaus in Dirschau zugeführt. Die leichteren Verletzten konnten ihre Reise fortsetzen. Vom polnischen Personal wurde niemand getötet. Nur einige Beamte sind leicht verletzt. In den beiden Schlafwagen wurden Personalien von Reisenden gefunden, die noch nicht ermittelt werden konnten: Hr. Valentin Soultana (eine Französin), Eichtormer 784 vom 2. A. 1925, Wladislaw, Deutsche Postfach, ferner eine Frau Chella Rabi aus Königsberg und ein Herr Ella Winkler aus Arkanow in Puschlau. Die Strecke Dirschau bis Stargard ist gesperrt. Der Zugverkehr wird durch Umleitung aufrechterhalten.

Der Bericht eines Augenzeugen

Von dem Eisenbahnunfall bei Pusch-Stargard gibt ein Augenzeuge einen Bericht, in dem es u. a. heißt: Der auf dem ersten Schlafwagen 3. Kl. folgende, sowie der nächste Wagen 3. Kl. sind ineinandergeköpft worden und in der Mitte durchgebrochen. Sie sind dann die 2. bis 3. Meter hohe Böschung, die sich an der Unfallstelle befindet, herabgestürzt. Der fünfte Wagen, sowie die übrigen Wagen stürzten auf den Schienen; es sind dies hauptsächlich Wagen 2. Kl., der Schlafwagen 2. Kl. und der Postwagen. Die Lokomotive ist ebenfalls die Böschung hinabgestürzt. Der Lokomotivführer konnte sich durch Abspringen retten, er trug lediglich eine leichte Verletzung davon. Der Fahrer ist unversehrt geblieben. Die Lokomotivführer sind hauptsächlich unter den Insassen der auf den Schlafwagen 3. Kl. folgenden Wagen zu finden. Nicht gering ist auch die Zahl der Verletzten, die sich Arm- und Beinbrüche zugezogen haben. Umgekehrt um 1 Uhr, eine Stunde nach dem Unglück, kam aus dem etwa 1-1 1/2 Kilometer entfernten Pusch-Stargard die erste

Die politische Lage nach der Wahl

Fraktionsführungen im Reichstage

Im Reichstage tagte am gestrigen Freitag eine Reihe von Fraktionen. Nach der Sitzung des Untersuchungsausschusses für die Kohrentschädigungen trat um 2 Uhr nachmittags die demokratische Reichstagsfraktion vollständig zusammen, um zur Reichspräsidentenwahl und den sich aus ihr ergebenden politischen Folgen Stellung zu nehmen. Außerdem beschäftigte sich die Fraktion mit dem Steuerentwurf und den Zollentwürfen. Auch die Zentrumsfraktion hielt eine mehrstündige Sitzung ab, die sich fast ausschließlich mit den Steuer- und Zollentwürfen befaßte; ebenso lagte die Fraktion der Deutschen Volkspartei. Der Arbeitsplan des Reichstages für die nächsten Monate ist außerordentlich umfangreich. Nach dem jetzt vom Reichspräsidenten Ebert im Einvernehmen mit dem Reichskanzler aufgestellten Plan sind bis zum 4. Juli 43 Sitzungsstunden vorgesehen. Zur Pflanzzeit wird der Reichstag eine Pause eintreten lassen, die vom 28. Mai bis zum 8. Juni einschließlich dauern soll. In den nächsten Wochen bis zum Juli ist fast jeden Tag eine Plenarsitzung vorgesehen.

Hindenburgs Antwort an Marx

Hindenburg hat auf das an ihn gerichtete Schreiben des Reichskanzlers a. D. Marx antwortet: Für Ihr freundliches Schreiben, das Sie am 28. April an mich zu richten die

Polkomotive, die einen Wag mitbrachte. Dieser leiste mit Unterstützung eines im Zuge fahrenden Arztes die erste Hilfe. Da kein Verbandmaterial vorhanden war, wurden die Verletzten aus den Schlafwagen 2. Kl. als Verbandwagen benutzt. Es kamen dann zwei Personenzüge aus Pusch-Stargard, die zunächst einen Teil der Verwundeten nach dort brachten. Die übrigen Reisenden aus den zerstörten Wagen wurden von den sich dort kreuzenden internationalen D-Zügen nach Königsberg bzw. Berlin mitgenommen. Bis 3 Uhr nachts habe ich Servicepersonal nicht gesehen. Um diese Zeit erschien auf dem Bahnhof Pusch-Stargard der erste Feuerwehmann. Dann fanden sich auch ehemalige Rot-Kreuz-Frauen ein. Um 3 1/2 Uhr erschien der Präsident der polnischen Eisenbahnen im Extrazug aus Danzig.

Der Eisenbahnverkehr durch den polnischen Korridor ist durch das Pariser Abkommen vom 21. April 1921 geregelt. Danach hofet für alle auf den Eisenbahntrecken des Korridors vorkommenden Unfälle diejenige Verwaltung, der die Unterhaltung der betr. Unfallstelle obliegt. Da sich die Stätte des o. g. Unfalls im Bereich der polnischen Eisenbahntrecken befindet und außerdem der Zug vor der Entgleisung in den Korridor von polnischen Beamten übernommen wurde, ist die polnische Eisenbahnverwaltung für sämtliche Schadenersatzsprüche sowohl des Reiches als auch für die der Hinterbliebenen, der Geschädigten und Verletzten zuständig. Ueber irgendwelche Streitigkeiten entscheidet ein ebenfalls im Pariser Abkommen vorgesehenes Schlichtsgericht in Danzig, das sich aus einem Deutschen, einem Dänischen und einem Polen unter dem Vorsitz des dänischen Generalkonsuls in Danzig zusammensetzt.

Unter den Toten des Eisenbahnunfalls befindet sich Bibliothekar Dr. Aronow, der eine bekannte Persönlichkeit in Königsberger wissenschaftlichen Kreisen und Führer der neuprotestantischen Bewegung in Ostpreußen war.

Reichskanzler Dr. Luther hat an den Generaldirektor der Deutschen Reichsbahnverwaltung ein Telegramm gerichtet, in dem er bittet, den Angehörigen der Verunglückten und den Verletzten die aufrichtige Teilnahme der Reichsregierung auszusprechen.

Güte hatten, spreche ich Ihnen meinen verbindlichen Dank aus. Ich erlaube aus ihm zu meiner Freude, daß Sie auf dem gleichen Standpunkt stehen, den auch ich selbstverständlich im Falle Ihres Stieges bei der Wahl eingenommen haben würde. Ihre Wünsche für unser schwer darniederliegendes Vaterland sind die meinigen. Mögen sie sich erfüllen durch selbstlose einigende Arbeit aller, denen Deutschland höher steht als die Partei.

Die preussischen Stimmen bei der Präsidentenwahl

Wie der „Amtliche preussische Pressebericht“ mitteilt, sind nach amtlicher Zusammenfassung auf Grund des vorläufigen Ergebnisses der Reichspräsidentenwahl am 26. April im Reichstag Preußen insgesamt 19 054 502 gültige Stimmen abgegeben worden. Von diesen entfielen auf

Generalfeldmarschall Hindenburg	8 827 155
Reichskanzler a. D. Marx	8 084 000
Thälmann	1 251 451

Nach Prozenten berechnet hat Hindenburg 46,2, Marx 47,1, Thälmann 6,5 Proz. erhalten; auf die zerfallenen Stimmen fällt 0,1 Proz. — Bei der in fast absolut sicherer Aussicht stehenden Auflösung des preussischen Landtages haben diese Zahlen wertvolle Bedeutung für die Statistik wie für den Politiker.

Auf die lange Bank geschoben

Der Londoner Berichterstatter der Agentur Havas glaubt mitteilen zu können, daß die diplomatischen Verhandlungen zwischen London und Paris über die deutschen Sicherheitsvorschlüsse kaum vor Mitte Juni in eine entscheidende Phase treten könnten. Bis dahin würden die Regierungen ihren Meinungsaustrausch nur in großen Linien behandeln. Irland wolle die Lage in eingehender Weise mit seinen unmittelbaren Mitarbeitern prüfen, bevor er sich auf Verhandlungen einlasse. Darüber sei das Foreign Office gestern durch den französischen Botschafter verständigt worden. Die französische Regierung wolle der französisch-britischen Zusammenarbeit durch eine gewissenhafte Vorbereitung die feste Grundlage geben (sowohl in Wirtschaftskragen wie in diplomatischen Angelegenheiten). Auch die britische Regierung wolle sich nicht überhühen. Die erste zur Erörterung gelangende Frage betreffe die Antwort auf den deutschen Vorkursvorschlag. Hierfür werde die französische Regierung einen Antontentwurf liefern, der jedenfalls nicht vor 10 Tagen überreicht werden könne. Wenn die französische, die englische, die belgische und die italienische Regierung sich einigt hätten, würden sie am gleichen Tage aber jede für sich der deutschen Regierung eine Antwort erteilen. Dies würde der Ausgangspunkt für Verhandlungen größeren Umfangs sein. Daneben würden die englische und die französische Regierung die Mitteilungen des Marschalls Koch an die Botschafterkonferenz prüfen.

Julius Barmat in der Charitee

Julius Barmat ist gestern, nachdem ihn Geheimrat Kraus für danksfähig erklärt hat, wiederum in die Charitee übergeführt worden, wo er vorerst acht Tage verbleiben soll. Die Verteidiger haben nunmehr einen neuen Haftentlassungsantrag eingereicht, in dem darauf hingewiesen wird, daß für Julius Barmat eine Lebensgefährliche besteht, wenn er länger in Untersuchungshaft verbleibe. Weiter behauptet die Verteidigung, daß Barmat durch die Untersuchungshaft für sein ganzes Leben ruiniert worden sei, und beantragt eine Untersuchung darüber, ob sein Leiden erst durch die Untersuchungshaft entstanden sei, oder ob es sich in der Haft verschlimmert habe. Jedenfalls, so betont die Verteidigung weiter, dürfe nicht gebildet werden, daß Julius Barmat das Schicksal des Dr. Hoffe erleide.

Der Kampf gegen Stresemann

In den parlamentarischen Kreisen sind gegenwärtig Gerüchte über einen angeblich bevorstehenden Rücktritt des Außenministers Dr. Stresemann verbreitet. Amtlich werden diese Gerüchte nicht bekräftigt, aber man läßt durchblicken, daß der Außenminister sich für die nächste Zukunft die größte Zurückhaltung auferlegt hat und nicht daran denkt, persönlich bei der Erörterung der wichtigsten politischen Tagesfragen hervorzutreten. Man will daher neuerdings auch wissen, daß Reichskanzler Dr. Luther gegenwärtig in der Außenpolitik völlig den Ausschlag gebe und Dr. Stresemann nichts unternehme, ohne vorher den Reichskanzler befragt zu haben, der daran festhalte, bei wichtigen Anlässen die Meinung des Gesamtkabinetts einzuholen.

Die deutschnationalen Angriffe gegen den Außenminister haben neuerdings eine Wiederholung erfahren, und zwar wurde in verschärfter Form in der deutschnationalen Presse erklärt, daß die nationalen Parteien mit dem gegenwärtigen Außenminister keinen Schritt weiter zusammengehen dürften. Unter anderem wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß Dr. Stresemann in der Sicherheitsfrage ohne Einverständnis des Reichskanzlers selbständig vorgegangen sei. Die Regierungskreise behaupten allerdings noch immer, daß Reichskanzler Dr. Luther absolut entschlossen sei, die Politik des Außenministers mit seiner ganzen Person zu bedenken. Rechtsstehende parlamentarische Kreise wollen demgegenüber wissen, daß der Reichskanzler seinen allzu großen Wert auf die Außenministerwahl Dr. Stresemanns lege, daß er es aber für ganz unzulässig halte, unmittelbar nach der Reichspräsidentenwahl einen Wechsel im Außenministerium vorzunehmen. Aus diesem Grunde werde es noch einige Zeit dauern, bis der Kampf um den Außenminister durchgefochten sei.

Wie wir hören, sind gegenwärtig Veruche im Gange, um die Position Dr. Stresemanns wieder zu befestigen. Reichskanzler Dr. Luther hat bereits die deutschnationalen Führer wieder zu einer Besprechung eingeladen, um sie zu veranlassen, der Haltung des Außenministers in der Sicherheitsfrage ihre Zustimmung zu geben. Das gesamte Reichskabinett sei der Überzeugung, daß Deutschland auf die eine oder andere Weise doch noch zu einem Sicherheitspakt kommen müsse, wenn es sich nicht der Gefahr aussetzen soll, verschärfte Bedingungen in der Militärkontrollfrage entgegenzunehmen. Die Aussprache zwischen dem Reichskanzler und den deutschnationalen Führern, der auch der Außenminister beiwohnen dürfte, ist für die nächste Woche anberaumt worden. Bis dahin dürfte über den Konflikt um Dr. Stresemann keine Entscheidung zu erwarten sein.

Im Reichstag spricht man davon, daß der Außenminister veranlaßt werden soll, noch innerhalb der nächsten 14 Tage ein außenpolitisches Programm zu entwerfen. Alle Parteien seien gleichmäßig daran interessiert, endlich zu wissen, was das auswärtige Amt in den letzten Wochen unternommen habe, um die außenpolitische Situation zu klären, und welche Aussichten hinsichtlich der Lösung der Räumungsfrage bestehen. Die Reichsregierung hat zurzeit noch keine Entscheidung darüber getroffen, bis zu welchem Zeitpunkt man im Reichstag in eine Erörterung der außenpolitischen Situation eintreten kann, aber es scheint, daß bereits in aller kürzester